

Antrag Nr. 16-O-05-0003

GRÜNE

Betreff:

Neue Straßenreinigungssystematik - Kommunikation zwischen Magistrat, städtischen Ämtern und Ortsbeirat - Information des Ortsbeirates

Antragstext:

1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat und die städtischen Ämter werden aufgefordert, dafür zu sorgen und alle Planungen so einzurichten, dass zukünftig der Ortsbeirat rechtzeitig und umfassend mit Entwürfen und Vorhaben, die den Ortsteil und seine Einwohner/innen betreffen, befasst wird und nicht erst dann eingeschaltet wird, wenn bereits ein Beschluss durch den Magistrat erfolgt ist. Dem Ortsbeirat ist Gelegenheit einzuräumen, vor jeglicher Beschlussfassung ausreichend und rechtzeitig informiert, angehört und beteiligt zu werden und ihm ist die Chance einzuräumen, dass seine artikulierten Änderungswünsche berücksichtigt werden.

Begründung:

Bei der Beschlussfassung zur neuen Straßenreinigungssatzung (aber beispielsweise auch bei den Vorgängen um das Grundstück an der Wilhelmstraße / Stadtmuseum oder die Einrichtung von Parkstreifen auf dem I. Ring) erfolgte entweder keine wirkliche Beteiligung und / oder der Magistrat hatte bereits vor dem Ortsbeirat einen Beschluss gefasst. Damit werden die Beratungen und Beschlüsse des Ortsbeirates zu einer Farce gemacht.

Aktionen, wie die E-Mail vom 6.1.2016 mitten in den Weihnachtsferien, in denen wir persönlich aufgefordert werden, bis zum 15.01.2016 - „um eine entsprechende Vorbereitung gewährleisten zu können“ (!!!) - uns unverständliche Eingruppierungen zur neuen Straßenreinigungssatzung zu melden, degradieren uns zu HilfssachbearbeiterInnen der Verwaltung und widersprechen unserem Verständnis von ordnungsgemäßem Verwaltungshandeln (die Verwaltung arbeitet im Rahmen der politischen Vorgaben und nicht die politischen Gremien arbeiten für die Verwaltung) und stehen im Widerspruch zu unserer Auffassung von Gremienarbeit im Ortsbeirat, zumal zwischen dem 6.1.2016 und 15.01.2016 keinerlei Sitzung stattfand und zudem der Ortsbeirat in seiner Sitzung am 3.12.2015 die neue Satzung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hatte und somit keinerlei Veranlassung bestand, entgegen des eigenen Beschlusses tätig zu werden.

2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird gebeten, den Ortsbeirat Südost darüber zu informieren, wie viele und welche Beschwerden zur neuen Straßenreinigungssatzung aus dem Bereich des Ortsbeirates in den städtischen Ämtern eingingen und aufzulisten, aus welchen Straßen diese Beschwerden kamen.

Begründung:

Der Antrag nimmt Bezug auf den Wunsch des Ortsbeirates nach umfassender, rechtzeitiger Information durch die Verwaltung und dient dazu, einerseits die BürgerInnen des Ortsbereichs

Antrag Nr. 16-O-05-0003
GRÜNE

ordnungsgemäß vertreten zu können und andererseits Doppelarbeit durch Verwaltung und Ortsbeirat zu vermeiden.

Wiesbaden, 26.01.2016